



**Assoziation GOLOS - Einheimische Beobachtung  
der Präsidentschaftswahlen**

**Russische Föderation, 4. März 2012**

**VORLÄUFIGER ABSCHLUSSBERICHT**

**Moskau  
5. März 2012**

---

**Europäischer Austausch**  
European Exchange



**HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG**

**DGO**  
▶ Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

## **EINFÜHRUNG**

Die Assoziation GOLOS hat eine groß angelegte Beobachtung der Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation durchgeführt.

Die Assoziation GOLOS hat am Wahltag und bei der Stimmenauszählung mit Hilfe ihrer Website „Karta naruschenij“ („Karte der Wahlrechtsverstöße“), des neuen Instruments „sms-ZIK“ [dt. in etwa: „Zentrale Wahlkommission per sms“], mit dem die Angaben aus den Wahlprotokollen per sms gesammelt wurden, und mit Hilfe von Berichten der Korrespondenten über die Einhaltung der Wahlprozeduren eine Wahlbeobachtung durchgeführt.

Die Korrespondenten der Zeitung „Grashdanskij golos“ waren in 45 Städten Russlands tätig. Die Gesamtzahl der Korrespondententeams (die meisten Korrespondenten arbeiteten zu zweit) betrug 1218, die Zahl der von ihnen besuchten Wahllokale rund 6400.

## **DIE WICHTIGSTEN SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation fand unter dem Zeichen erhöhter gesellschaftlicher Aktivität statt. Nach den Wahlen zur Staatsduma vom 4. Dezember 2011 hat es im ganzen Land eine Welle von Massenprotesten gegeben, bei denen die Bürger ihr Misstrauen gegenüber den Wahlergebnissen zum Ausdruck brachten, die Wahlen für ungültig erklärt sehen wollten, eine Liberalisierung der Parteien- und Wahlgesetzgebung forderten und vielfach ihre Ablehnung der Staatsführung zum Ausdruck brachten. Die erste Reaktion der Regierung bestand in unsystematischen, wenn auch radikalen Vorschlägen zur Änderung der Vorschriften für die Registrierung von Parteien (Absenkung der Mindestmitgliederzahl von 45.000 auf ganze 500), zur Wiedereinführung der Gouverneurswahlen und zur Reformierung des Dumawahlsystems. Darüber hinaus sollte die Gesellschaft mit einer Neuerung beruhigt werden, der Aufstellung von Webcams in den Wahllokalen am Wahltag.

Die Wahlkampagne wies dennoch in der Zeit bis zum eigentlichen Wahltag die für russische Wahlen üblichen Mängel auf, einen umfangreichen Einsatz administrativer Ressourcen zur Unterstützung des Machthabers und für eine massive und in einigen Fällen gesetzeswidrige Wahlwerbung mit Hilfe der zentralen Medien. Bei diesen Wahlen war ein wenig mehr Wettbewerb gegeben, als bei vorhergegangenen Wahlen, was jedoch nicht dazu ausreichte, dass bei den Wahlen das Spektrum gesellschaftlicher Interessen vollständig repräsentiert war.

Mit dem heranrückenden Wahltag nahm der Wahlkampf Wladimir Putins immer aggressivere Formen an, die sich in einigen Fällen durch den Einsatz von Druckmitteln gegen unabhängige Medien und Nichtregierungsorganisationen zeigten.

Im Vorfeld des Wahltages sind Bürger verbreitet zur Einholung von Wahlscheinen (otkrepitelnyj talon) genötigt worden. Verbreitet war auch, dass Bürger zur Stimmabgabe in Wahllokalen an ihrem Arbeitsplatz genötigt wurden.

Am Wahltag sind recht viele Verstöße festgestellt worden, die in ihrem Umfang mit den Verstößen am Tag der Dumawahl vergleichbar sind. Es ist jedoch festzuhalten, dass die Zahl der offenen Wahlfälschungen während der Stimmabgabe und wohl auch die Zahl der Wahlbeobachter, die aus Wahllokalen verwiesen wurden, zurückgegangen sind. Andererseits ist in vielen Fällen eine massenhafte Stimmabgabe mit Hilfe von Wahlscheinen festgestellt worden.

Die Präsidentschaftswahl 2012 lässt sich insgesamt, wenn man das vergangene Jahrzehnt als Maßstab nimmt, als gewöhnliche russische Wahl einstufen: Es war kein ausreichender

Wettbewerb gegeben, es gab eine staatliche Einmischung in den Wahlprozess und einen gewissen Grad an Nötigung zur Stimmabgabe. Solche Wahlen können nicht frei und fair im Sinne der russischen Verfassung und der internationalen Wahlstandards bezeichnet werden.

## 1. ALLGEMEINE CHARAKTERISTIK

Bei den russischen Präsidentschaftswahlen von 2012 lassen sich einige Unterschiede zu den Parlamentswahlen feststellen.

Zum einen hat sich natürlicherweise das Objekt geändert, auf das die massive Medien- und Wahlkampfkampagne gerichtet war. Es verschob sich von der Partei „Einiges Russland“ auf die Regierung unter der Leitung von Wladimir Putin. Der Hauptkandidat hat sich – obwohl er ihr Anführer blieb – bewusst von der Partei distanziert und sich – auf die von ihm im vergangenen Sommer gegründete „Volksfront“ gestützt – als Führer der Nation dargestellt.

Zum zweiten stand die Kampagne unter dem Zeichen eines „Kampfes für ehrliche Wahlen und eine Liberalisierung des politischen Systems“, was eine Reaktion der Regierung auf die Bürgerproteste im Anschluss an die Parlamentswahlen darstellt. Es wurden einige radikale Reformen im Bereich der Parteienaufbau und der Wahlen angekündigt. Darüber hinaus wurde eine kostspielige Ausrüstung fast aller Wahllokale mit Überwachungskameras unternommen. Somit kamen zu den traditionellen Propagandamethoden, zu denen die Herausstellung der Leistungen der gegenwärtigen Administration und zusätzliche Regierungshilfen für verschiedene Bevölkerungskategorien gehören, das Versprechen von ehrlichen Wahlen und politischen Reformen hinzu.

Drittens ist festzustellen, dass sich das Ausmaß, in dem lokale Verwaltungsbeamte sich in den Wahlkampf einschalten, verringert hat. Die Wahlwerbung erfolgte vorsichtiger, mit größerer Angst, dass dies bekannt werden und Skandale in der Öffentlichkeit auslösen könnte. Eine Einflussnahme durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden wurde nicht festgestellt.

Dennoch zeigten sich die traditionellen Merkmale russischer Wahlen: die Ausnutzung der Amts- und Dienststellung durch einen der Kandidaten, der während der gesamten Wahlkampagne die Regierung leitete und ein massiver Wahlkampf unter dem Anschein von Medienberichterstattung. Dadurch konnte sich die Ankündigung von ehrlichen Wahlen ausschließlich auf den Wahltag selbst und die Stimmenauszählung beziehen. Den Meldungen zu Folge, die auf der „Karta naruschenij“ [dt.: „Karte der Wahlrechtsverstöße“] eingingen, hat es auf lokaler Ebene Anzeichen gegeben, dass eine Manipulation des Wählerwillens vorbereitet wird. Diese Anzeichen haben sich mit dem Herannahen des Wahltages verstärkt.

Es sei darauf hingewiesen, dass etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten am 4. März auch zu Kommunalwahlen aufgerufen war. Bei den Kommunalwahlen waren die üblichen Charakteristika russischer Wahlen zu beobachten, etwa die rechtswidrige Verweigerung der Registrierung von Wahlkandidaten und der Einsatz administrativer Ressourcen.

Die Vertikale der mit aktiver Beteiligung der Verwaltungsbehörden gebildeten Wahlkommissionen blieb unangetastet; die umstrittenen Vorsitzenden der Wahlkommissionen haben ihren Posten behalten.

Es wurde weiterhin versucht, auf die Vertreter der Opposition und unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen Druck auszuüben und sie einzuschüchtern.

Während des Wahlkampfes sind die Wahlkampfstäbe aller Kandidaten in den meisten Regionen nur minimal aktiv gewesen. Ein aktiver Wahlkampf war nur in jenen Regionen auszumachen gewesen, wo parallel zu den Präsidentschaftswahlen wichtige Lokalwahlen stattfanden. Sehr viel auffälliger war die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, die

den Protestaktionen für politische Reformen und ehrliche Wahlen organisierten. Insgesamt war der Wahlkampf durch eine Vielzahl von Diskreditierungskampagnen gekennzeichnet, die sowohl gegen die nichtsystemische Opposition als auch gegen registrierte Präsidentschaftskandidaten gerichtet waren.

Der Wahlkampf fand hauptsächlich auf den zentralen Fernsehkanälen statt, und gerade hier wurden die administrativen Ressourcen maximal eingesetzt, um in Gestalt einer Berichterstattung über die Amtstätigkeit indirekte Wahlwerbung für Wladimir Putin zu betreiben. Obwohl die Verwaltungsgesetzgebung eindeutig die Grenzen für die Nutzung einer Amtsstellung zu persönlichen Zwecken definiert, wurden die Ressourcen der Amtsprivilegien des Ministerpräsidenten in vollem Umfang genutzt, und zwar in der Form von Arbeitsbesuchen im ganzen Land, Treffen mit Belegschaften, Auftritten mit Wahlkampfreden und -versprechen, und mit eigenen Beiträgen in den Medien.

## **2. RECHTLICHE BEDINGUNGEN**

Die Präsidentschaftswahlen werden durch die russische Verfassung und die föderalen Gesetze „Über die grundlegenden Garantien zum Wahlrecht und zur Teilnahme an einem Referendum für Bürger der Russischen Föderation“ und „Über die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation“ reguliert.

Der Präsident wird auf sechs Jahre gewählt, vor der Verfassungsänderung waren es vier. Als Präsident gewählt werden können Bürger der Russischen Föderation, die das 35. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 10 Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Russischen Föderation hatten. Man kann nicht mehr als zwei Amtszeiten hintereinander zum Präsidenten gewählt werden, wobei die Gesamtzahl der Amtszeiten nicht begrenzt ist. Nicht zum Präsidenten gewählt werden kann jemand, der neben der russischen eine andere Staatsbürgerschaft inne hat oder über einen Aufenthaltstitel für einen ständigen Wohnsitz in einem ausländischen Staat verfügt.

Die Nominierung eines Kandidaten erfolgt entweder auf einem Parteitag oder auf der Versammlung einer Initiativgruppe von Bürgern (Eigennominierung). Ein Kandidat, der per Eigennominierung oder von einer nicht in der Staatsduma vertretenen Partei nominiert wurde, muss für die Registrierung mindestens zwei Millionen Unterstützerunterschriften beibringen, die in einem Zeitraum von rund einem Monat gesammelt werden müssen. Die Anforderungen an diese Unterschriften sind recht streng, so dass die Registrierung eines Kandidaten hier praktisch vom politischen Willen der Wahlorganisatoren abhängt.

Die Kandidaten müssen einen Wahlkampfhaushalt einrichten, aus dem alle Ausgaben für den Wahlkampf bestritten werden müssen. Die zulässige Höchstsumme der Wahlkampfausgaben liegt bei 400 Millionen Rubeln (für einen zweiten Wahlgang sind weitere 100 Millionen möglich).

Ein Kandidat ist im ersten Wahlgang gewählt, wenn er mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, unter Einbeziehung der ungültigen Stimmen. In den zweiten Wahlgang ziehen jene beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen errungen haben. Als im zweiten Wahlgang gewählt gilt der Kandidat, der mehr Stimmen als sein Opponent erhalten hat.

Laut Gesetz werden die Wahlen von unabhängigen Wahlkommissionen organisiert und durchgeführt. In der Praxis unterliegen die Wahlkommissionen jedoch der Kontrolle der öffentlichen Verwaltungsbehörden. Das System der Wahlkommissionen ist hierarchisch aufgebaut: Es gibt die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation, 83 Wahlkommissionen der Föderationssubjekte, 2746 territoriale oder Kreiswahlkommissionen und über 95.000 Wahlkommissionen in den Wahllokalen.

### **3. NOMINIERUNG UND REGISTRIERUNG DER KANDIDATEN**

Für die Wahlen am 4. März 2011 wurden fünf Kandidaten durch Parteien nominiert: Wladimir Putin („Einiges Russland" hat ihn offiziell am 27. November nominiert, inoffiziell war die Kandidatur jedoch bereits in der ersten Phase des Parteitags am 24. September verkündet worden), Gennadij Sjuganow (Kommunistische Partei Russlands, nominiert am 17. Dezember), Sergej Mironow („Gerechtes Russland“, 10. Dezember), Wladimir Schirinowskij (Liberal-demokratische Partei Russlands, aufgestellt am 13. Dezember), Grigorij Jawlinski (Partei der vereinigten Demokraten Russlands „Jabloko", nominiert am 18. Dezember).

10 Personen wurden im Zuge einer Selbstnominierung aufgestellt; fünf von ihnen wurden für eine Unterschriftensammlung registriert. Außer diesen unternahm auch ein Kandidat einer Partei, die nicht in der Staatsduma vertreten ist, die Sammlung der Unterschriften, nämlich Grigorij Jawlinskij (Jabloko).

Auf Grund der Ergebnisse des Registrierungsverfahrens sind fünf Kandidaten zugelassen worden: W. Putin, G. Sjuganow, W. Schirinowskij, S. Mironow und M. Prochorow. Die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation verweigerte nach der Überprüfung der vorgelegten Unterschriften dem Kandidaten G. Jawlinski von der Partei Jabloko und dem "selbstnominierten" D. F. Mesenzew die Registrierung.

### **4. WAHLKAMPF**

In einem Großteil der Regionen sind die Wahlkampfteams aller Präsidentschaftskandidaten nur minimal aktiv und nutzen vorrangig die zugeteilte kostenlose oder kostenpflichtige Sendezeit im Rundfunk. In geringem, praktisch unerheblichem Umfang werden Drucksachen der Parteien verbreitet, großflächige Werbetafeln gibt es überwiegend nur in den großen Städten. Ein aktiver Wahlkampf ist nur in jenen Regionen zu verzeichnen, wo gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen auch wichtige lokale Wahlen stattfinden. Vor dem Hintergrund der schleppenden Tätigkeit des Großteils der regionalen Stäbe der Präsidentschaftskandidaten waren die Aktivitäten von NGOs bei der Organisation von Protestaktionen für politische Reformen und faire Wahlen sowie bei der Vorbereitung auf die Kontrollmaßnahmen bei den bevorstehenden Wahlen viel deutlicher wahrzunehmen.

Am 11. Januar stellte die Zentrale Wahlkommission klar, dass Wladimir Putin das Recht hat, sich während der Wahlkampagne nicht beurlauben zu lassen. Das wurde damit erklärt, dass nur Kandidaten, die im staatlichen oder kommunalen öffentlichen Dienst stehen oder in den Medien arbeiten, von Gesetzes wegen nicht berechtigt sind, sich während der Wahlkampagne am Arbeitsplatz aufzuhalten. Der Posten des Ministerpräsidenten fällt nach Ansicht der Wahlkommission nicht unter diese Kategorien.<sup>1</sup>

Es wurden Fälle einer offenen Agitation für Putin durch Staatsbeamte festgestellt. So hat z.B. A. Karpin, Gouverneur der Region Altaj, im Rahmen der Sendung "Treffen mit dem Gouverneur" auf dem Fernsehsender „Katun 24" , am 28. Januar 2012 Wahlwerbung für Putin betrieben. Das Oberhaupt der Republik Kalmückien Alexej Orlow hielt am Abend des 31. Dezember 2011 eine Silvesteransprache auf dem Fernsehsender der Republik und rief die Einwohner der Republik auf, im März 2012 für den Präsidentschaftskandidaten Wladimir Putin zu stimmen. Nach den Neujahrsfeiertagen veröffentlichten alle offiziellen Zeitungen den Text dieser Rede.

Die Wahlwerbung für Wladimir Putin zeigte sich vor allem in der massiven Berichterstattung über die Arbeit des Premierministers, in erster Linie auf den drei gesamt-russischen

---

<sup>1</sup> Zentrale Wahlkommission: W. Putin gehört nicht dem staatlichen öffentlichen Dienst an. 11.01.2012. <http://top.rbc.ru/politics/11/01/2012/633019.shtml>

Fernsehsendern. Nach inoffiziellen Daten des Meinungsforschungsinstitutes Lewada-Zentrum wurde Putin etwa 2,3 Mal öfter erwähnt – nach Experteneinschätzungen von Golos etwa 5 Mal häufiger –, als der nächstfolgende Kandidat Michail Prochorow.

Darüber hinaus wurden in den größten Zeitungen sechs programmatische Artikel dieses Kandidaten veröffentlicht. Diese Materialien wurden sämtlich nicht aus dem Wahlkampfbudget bezahlt, ein Teil von ihnen erschien vor dem 6. Februar, dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes in den Medien.

Das zentrale Fernsehen hat in der Wahlkampfphase einige Filme ausgestrahlt, die Merkmale von Wahlwerbung aufwiesen. Daneben gab es einige Beiträge, die oppositionelle Bürgerrechtsorganisationen diskreditieren sollten.

Festzuhalten ist auch, dass Putin nicht bereit war, sich TV-Debatten zwischen den Präsidentschaftskandidaten zu stellen.

Darüber hinaus gibt es viele Belege für eine Nötigung oder materielle Anreize zur Teilnahme an Massenveranstaltung zur Unterstützung von Putin.

Aus den Regionen gab es außerdem Informationen über den Einsatz von Druckmitteln gegenüber politischen Aktivisten und Organisatoren der Bürgerrechtsbewegung "Für faire Wahlen".

## **5. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE WAHLBEOBACHTUNG**

Die Tatsache, dass der Staat seinen Verpflichtungen in der Vorbereitung und Durchführung freier und ehrlicher Wahlen nicht nachkommt, hat zu einem dramatischen Anstieg der Anzahl von Bürgern geführt, die bei den Wahlen als zivile Wahlbeobachter tätig werden wollten.

Der parteilose Kandidat Michail Prochorow war bei der Rekrutierung und Schulung von Wahlbeobachtern aktiv, wobei dessen Team in dieser Hinsicht mit der Partei "Jabloko" zusammenarbeitete.

Eine Reihe informeller NGOs rekrutierten und schulten ebenfalls Wahlbeobachter. In Moskau und Sankt Petersburg waren dies die "Liga der Wähler" (zu der auch bekannte Journalisten gehörten), die nicht registrierte Partei "Demokratische Wahl" sowie die Organisationen "Bürger Beobachter" (in persona D. Oreschkin) „Roswybory" (A. Nawalnyj) und die "Schule der Beobachter".

Andererseits war auch Putins Wahlkampfteam bei der Anwerbung von Beobachtern aus den jeweiligen Wahlkreisen aktiv. Unter Nutzung der Ressourcen an Hochschulen wurden dafür Studenten, unter ihnen vorrangig Juristen, herangezogen. Diese Bewegung, die sich "Korpus der Beobachter" nennt, hat versprochen, alle Wahlkreise mit Beobachtern abzudecken.

Die Assoziation GOLOS hat am Wahltag und bei der Stimmenauszählung mit Hilfe ihrer Website „Karta naruschenij“ „Karte der Wahlrechtsverstöße“, einer Internet-Hotline), des neuen Instruments „sms-ZIK“ [dt. in etwa: „Zentrale Wahlkommission per sms“], mit dem die Angaben aus den Wahlprotokollen per sms gesammelt wurden, und mit Hilfe von Berichten der Korrespondenten über die Einhaltung der Wahlprozeduren eine Wahlbeobachtung durchgeführt.

Die Korrespondenten der Zeitung „Grashdanskij golos“ waren in 45 Städten Russlands tätig. Die Gesamtzahl der Korrespondententeams (die meisten Korrespondenten arbeiteten zu zweit) betrug 1218, die Zahl der von ihnen besuchten Wahllokale rund 6400.

Die Daten, die von den Korrespondenten eingegangen sind, belegen, dass viele Kommissionen die gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren nicht in vollem Umfang

eingehalten haben. So hatten etwa 7 % der Korrespondenten Schwierigkeiten beim Zugang zum Wahllokal, 16 % berichteten von ungünstigen Bedingungen für die Wahlbeobachtung. Besonders weit verbreitet – bei rund einem Drittel der Wahlkommissionen – waren Abweichungen vom gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren während der Stimmenauszählung.

## **6. DRUCK AUF DIE ASSOZIATION GOLOS UND AUF DIE MEDIEN**

Der Druck auf Vertreter der Assoziation GOLOS wird in den Regionen fortgesetzt. So musste das zentrale Büro der Organisation in Moskau wegen vorzeitiger Kündigung des Mietvertrages geräumt werden.<sup>2</sup>

Im Januar hat der Föderale Aufsichtsdienst für das Fernsprechwesen, Informationstechnologien und Massenkommunikation (Roskomnadsor) eine Überprüfung der Zeitung „Grashdanskij golos“ unternommen. Die Prüfer haben keine ernstlichen Verstöße feststellen können. Da sie aber offensichtlich beauftragt wurden, GOLOS unter Druck zu setzen, wurde dennoch ein Verstoß protokolliert: Die Organisation habe ein Pflichtexemplar der Zeitung nicht am gleichen Tag an die Buchkammer gesendet, an dem es die Druckerei verließ. Die Juristen von Golos halten dies jedoch nicht für einen Verstoß und haben bereits gegen das Protokoll von Roskomnadsor eine Beschwerde vor Gericht eingelegt.

Eine weitere Prüfung der Assoziation GOLOS hat im Januar durch das Justizministerium gegeben. In der Folge wurde der Organisation eine Verwarnung ausgesprochen, die gegenwärtig von den Juristen der Assoziation im Hinblick auf weitere Schritte geprüft wird.

In einigen regionalen Untergliederungen der Assoziation laufen außerordentliche Prüfungen der Finanzunterlagen. Unter anderem wird die Partnerorganisation von GOLOS in Pskow und die Stiftung „Golos-Powolshje“ in Samara Prüfungen unterzogen. Geprüft wird auch in der Moskauer Abteilung der Organisation, und Wladimir Karatajew, Koordinator der regionalen Abteilung für die Republik Adygeja, ist in die Staatsanwaltschaft vorgeladen worden. In vielen Regionen werden Vertreter von GOLOS zu „Gesprächen“ in die Abteilungen für Extremismusbekämpfung der Innenverwaltung oder in die Abteilungen des Inlandsgeheimdienstes FSB geladen.

Am 18. Januar hat Alexandr Kalaschnikow, Leiter der FSB-Verwaltung für die Republik Komi die Assoziation GOLOS und die Menschenrechtskommission „Memorial“ in einem offiziellen Bericht als einige der in der Republik tätigen Organisationen mit extremistischen Zielen bezeichnet, „deren Tätigkeit im Ausland gesteuert wird, die nicht selten durch ausländische Nichtregierungs-Stiftungen finanziert wird und auf die Transformation der politischen Ordnung ausgerichtet ist“. Er betonte, das Hauptziel dieser Organisationen sei, „die Abhaltung der Präsidentschaftswahlen in Russland zu sabotieren“.<sup>3</sup>

Der Koordinator von GOLOS in Uljanowsk wurde am 23. Januar auf seinem Handy von einem Mann angerufen, der sich als Mitarbeiter des FSB namens Viktor vorstellte und einen Gruß von Alexei Grigorijewitsch ausrichtete, einem anderen ehemaligen „Schatten“ vom FSB. Das Gespräch fand im Privatwagen statt und es ging auch um das gesellschaftliche Engagement des Koordinators, unter anderem das für GOLOS. Es wurde die Aufforderung geäußert, doch die Berichte zu schicken, was der Koordinator verweigerte.

Wie bereits im Herbst 2011 wurde ein aktiver Druck auf unabhängige Medien ausgeübt. Diesem Druck waren die führenden unabhängigen Medien des Landes ausgesetzt, die Nowaja

---

<sup>2</sup> SMI i obschtschestwennyje dejateli osudili davlenije na „GOLOS“. 26. 01. 2012. <http://www.golos.org/news/4738>

<sup>3</sup> Otscherednaja losh o prawosaschtschitnikach. Sajawlenie Meshdunarodnogo obschtschestwa „Memorial“. 19. 01. 2012. <http://7x7-journal.ru/opinion/16476>

Gaseta, der Radiosender Echo Moskwy und der Fernsehsender Doshd. Auch regionale Medien sahen sich diesem Druck gegenüber.

Am 16. Februar ging bei der Redaktion des Fernsehsenders Doshd eine staatsanwaltschaftliche Anfrage ein, in der die Staatsanwaltschaft des Moskauer Stadtteils Samoskworetshje „auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Moskau“ eine Erklärung darüber verlangt, wer die Übertragung der Demonstrationen auf dem Bolotnaja-Platz und auf dem Sacharow-Prospekt finanziert hat. Zuvor hatte Roskomnadsor im Dezember 2011 die Sendungen des Fernsehsenders vom 5. bis 6. Dezember auf ihre Vereinbarkeit mit den geltenden Gesetzen geprüft.<sup>4</sup>

Am 14. Februar wurde bekannt, dass das Unternehmen OAO „Gasprom-Media“ den vorzeitigen Rücktritt des Aufsichtsrates des Radiosenders Echo Moskwy und die Ablösung unabhängiger Aufsichtsräte gefordert hat. Es geht um Alexej Venediktow, dessen ersten Stellvertreter Wladimir Warfolomejew und zwei weitere unabhängige Aufsichtsräte, um Jewgenij Jasin und Alexandr Makowskij. Gegen ihren Weggang haben die Redakteure und Mitarbeiter entschieden protestiert, doch wurde der Streit zwischen der Redaktion und dem Haupteigner des Senders, der, wie sich herausstellte, seit Ende Dezember lief, zu Gunsten der Medienholding entschieden.

Ministerpräsident Putin hat Echo Moskwy im Januar dieses Jahres öffentlich kritisiert, indem es auf einem Treffen mit Chefredakteuren sagte, dass der Sender ihn „von morgens bis abends mit Durchfall überschütten“ würde. Später, so Wenediktow, habe auch Präsident Medwedew die Redaktionspolitik von Echo Moskwy kritisiert.

Es wurde ebenfalls bekannt, dass die Firma „RU-Center“, die Domänen im Internet registriert, mit dem 24. Februar Änderungen in ihrem Reglement eingeführt hat, denen zu Folge bei Verdacht auf einen Rechtsverstoß eine Website der dritten Ebene (und um eine solche handelt es sich unter anderem bei Echo Moskwy – echo.msk.ru) ohne Gerichtsbeschluss abgeschaltet werden kann. Zudem heißt es, dass der Registrator sich das Recht vorbehält, die Tätigkeit des Nutzers in Bezug auf eine Verletzung der Gesetze zu bewerten, unter anderem in Fällen, bei denen Handlungen oder eine Tätigkeit nicht durch Rechtsnormen erfasst werden. Die Websites von Medien unterscheiden sich von anderen Websites dadurch, dass ihre Tätigkeit durch das Mediengesetz reguliert wird. Paragraph 16 dieses Gesetzes besagt, dass die Tätigkeit von Medien nur durch die Entscheidung des Gründers oder in einem Zivilverfahren auf Grund Klage der Registrierungsbehörde durch Gerichtsbeschluss beendet oder ausgesetzt werden kann.

## **7. VORBEREITUNG AUF DEN WAHLTAG**

Das Programm zur Ausrüstung der Wahllokale mit Videokameras ist intensiv propagiert worden. Für dieses Programm sind riesige Haushaltsgelder bewilligt worden, nämlich 13 Milliarden Rubel (ca. 330 Millionen Euro), also mehr als der gesamte Haushalt für die Präsidentschaftswahlen. Es wurden nun 96 % der Wahllokale mit Webcams ausgerüstet. Sie haben das Geschehen im Wahllokal aufgezeichnet. Der wichtigste Mangel dieser Maßnahme – neben ihrer hohen Ineffektivität – ist darin zu sehen, dass die Erlaubnis zur Einsichtnahme nur „Teilnehmern des Wahlprozesses“ auf Beschluss des Ministeriums für das Fernsprechwesen und Massenkommunikation erteilt wird, praktisch also nur den Kandidaten und Parteien.

---

<sup>4</sup> Prokuratura prishla na telekanal „Doshd“. 16.02.2012.

[http://tvrain.ru/news/prokuratura\\_prishla\\_na\\_telekanal\\_dozhd-173348/](http://tvrain.ru/news/prokuratura_prishla_na_telekanal_dozhd-173348/)

Entgegen den Erklärungen hochrangiger Vertreter des Ministeriums für Massenkommunikation, belegen Meldungen, die auf der "Karte der Wahlrechtsverstöße" der Assoziation GOLOS eingegangen sind, dass das Prinzip der Freiwilligkeit und Freiheit der Stimmabgabe verletzt wurde. Dies drückt sich vor allem in der Nötigung zur Einholung von Wahlscheinen aus.

In einigen Meldungen gibt es sogar Informationen darüber, dass die Nötigung zur Einholung von Wahlscheinen mit der Nötigung zur Stimmabgabe am Arbeitsplatz im Zusammenhang steht, sowie mit der Aufforderung, den Vorgesetzten die Nummer des Scheins mitzuteilen oder erhaltene Scheine gar zu übergeben.

In größerem Ausmaße als bei den vorangegangenen Wahlen werden Versuche verzeichnet, die Stimmabgabe zu kontrollieren. Zu diesem Zweck wird der 4. März in den Betrieben zum Arbeitstag erklärt und innerhalb der Betriebe werden eigene Wahllokale eingerichtet. Es sei darauf hingewiesen, dass dann die Wahlkommissionen aus Mitarbeitern desselben Unternehmens bestehen, es in diesen Wahllokalen keine Webcams gibt, und dass diese Wahllokale für Wahlbeobachter nur schwer zugänglich sind.

Es gibt Meldungen über die Forderungen von Vorgesetzten, dass ihre Untergebenen die Stimmabgabe für einen bestimmten Kandidaten mit einem Foto des ausgefüllten Wahlzettels festhalten sollen.

Außerdem sind Meldungen über die traditionelle Methode eingegangen, bei der die Listen für die Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals mit Hilfe von Sozialarbeitern vorbereitet werden.

## **8. STIMMABGABE UND STIMMENAUSZÄHLUNG**

Die Ausrüstung einer beträchtlichen Anzahl der Wahllokale mit neuen stationären Wahlurnen aus transparentem Material und einem engen Schlitz, der den Einwurf zusätzlicher Stimmzettel erschwert, ist positiv zu bewerten.

In Bezug auf die Ausstattung der Wahllokale mit Überwachungskameras weist die Assoziation GOLOS auf die niedrige Effizienz dieses Instruments hin. In vielen Wahllokalen sind die Kameras in großer Entfernung von den Wahlurnen, vom Ort der Stimmzettelausgabe und vom Ort der Stimmenauszählung aufgestellt worden. Vielfach verdeckten die Wähler bei der Stimmabgabe die Wahlurne mit ihrem Körper. Die Übertragung im Internet erfolgte mit Schwierigkeiten und in einer Reihe von Wahllokalen gab es praktisch keine Übertragung.

Durch den Umstand, dass Kameras vorhanden waren und die Online-Übertragung möglich war, konnten Bürger, die im Internet eine Wahlbeobachtung betrieben, eine Reihe von Unregelmäßigkeiten feststellen, darunter auch den Einwurf zusätzlicher Stimmzettel.

Die Assoziation verweist auch auf die unbefriedigenden Zustände bei der Stimmabgabe mit Hilfe eines Wahlscheins. Es ist eine Vielzahl von Meldungen eingegangen, die berichten, dass Wahlscheine nicht ausgestellt wurden, weil die Formulare bei den Wahlkommissionen in den Wahllokalen fehlten. Unserer Ansicht nach ist dies eine Folge davon, dass Wähler massenhaft zur Einholung eines Wahlscheins genötigt und gruppenweise „Wählerkarussells“ organisiert wurden. Gleichzeitig konstatieren wir eine Unfähigkeit des Systems der Wahlkommissionen, umgehend etwa auf einen Mangel an Wahlscheinen zu reagieren.

## **9. ANALYSE DER MELDUNGEN, DIE BEI DER HOTLINE UND AUF DER „KARTE DER VERSTÖSSE“ DER ASSOZIATION GOLOS AM WAHLTAG EINGEGANGEN SIND**

Die Assoziation hat eine „Karte der Wahlrechtsverstöße“ eingerichtet, eine Website, auf der die Bürger der Russischen Föderation während der gesamten Wahlkampagne Meldungen über Verstöße einsenden konnten. Auf diesem Internetportal sind über 8.600 Meldungen eingegangen und über die Hotline sind über 6.000 Anrufe entgegengenommen worden. Die Moderatoren der Karte haben 3.788 Meldungen über mögliche Unregelmäßigkeiten veröffentlicht, von denen viele dokumentarisch unterfüttert sind. Bei über 1.000 weiteren Meldungen steht mit Stand vom Morgen des 5. März eine Moderation noch aus. Ein Teil dieser Meldung wird auf der Karte veröffentlicht werden.

Am Wahltag und während der Ermittlung der Wahlergebnisse sind über 2.000 Meldungen auf der Karte eingegangen (die von den Moderatoren abgewiesenen Meldungen sind hier nicht mitgezählt). Mit Hilfe von Kurzzeitkorrespondenten der Assoziation GOLOS ist eine systematische Untersuchung darüber vorgenommen worden, inwieweit die gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren in den Wahllokalen befolgt wurden.

Bei den Meldungen, die über grobe Unregelmäßigkeiten berichten, wurden am häufigsten „Wählerkarussells“ ganzer Personengruppen genannt.

Darüber hinaus ist über folgende Unregelmäßigkeiten in mehreren Meldungen berichtet worden:

### **Während der Stimmabgabe:**

Medienvertreter wurden nicht in ein Wahllokal gelassen;

Verstöße bei der Einrichtung des Wahllokals;

Einwurf zusätzlicher Stimmzettel;

Entfernung von Wahlbeobachtern, Mitgliedern einer Wahlkommission oder Medienvertretern aus den Wahllokalen.

### **Während der Stimmenausählung:**

Missachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren für die Stimmenausählung;

Manipulationen bei der Sortierung der Stimmzettel.

Die meisten Meldungen gingen aus Moskau, dem Moskauer Gebiet, dem Gebiet Samara und aus St. Petersburg ein. Häufig waren auch Meldungen über die Verletzung von Wahlbeobachterrechten: das Verbot von Foto- und Videoaufnahmen, die Verhinderung einer Wahlbeobachtung durch ungünstige Bedingungen für Wahlbeobachter oder das Verbot, sich frei im Wahllokal zu bewegen, die verweigerte Einsichtnahme in die Unterlagen der Wahlkommission, die verweigerte Entgegennahme und Bearbeitung von Beschwerden.

Die Korrespondenten der Zeitung „Grashdanskij golos“ haben auf eigens erstellten Formblättern die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Prozeduren bei der Stimmenabgabe und der Stimmenausählung festgehalten. Die Ergebnisse sind in regionalen

Datenbanken gesammelt worden, die wiederum zu einer landesweiten Datenbank zusammengefasst wurden.

Im Rahmen des Projektes „sms-ZIK“ wurden die Daten von 1533 Protokollen eingesandt, bei denen alle Kontrollwerte eingetragen waren.

Bei der Bewertung der vorläufigen Daten der Abstimmungsergebnisse sind vor allem wesentliche Abweichungen der vorläufigen Ergebnisse von den veröffentlichten Ergebnissen der Exit-polls auffällig: nach vorläufigen Angaben vom Morgen des 5. März hat Wladimir Putin rund 64 % der Stimmen errungen, während ein Exit-poll des Meinungsforschungsinstituts FOM 59,3 % der Stimmen für Putin ergab, und ein weiterer Exit-poll von VZIOM 58,3 % ermittelte. Solche Unterschiede liegen außerhalb der üblichen Fehlermargen.

Auffällig sind auch die regionalen Unterschiede der Wahlergebnisse. Sie sind zwar geringer als bei den Wahlen zur Staatsduma vom 4. Dezember, aber immer noch groß: Das Ergebnis für Putin schwankt zwischen 47,7 % in Moskau und 99,8 % in der Republik Tschetschenien. Unter den Regionen und Gebieten entfällt das höchste Ergebnis für Putin mit 77,2 % auf das Gebiet Kemerowo.

Auf Grundlage der erwähnten Daten ist die Assoziation GOLOS der Ansicht, dass die letzte Etappe der Präsidentschaftswahl, die Stimmabgabe und die Auszählung der Stimmen wie bereits die vorhergegangenen Etappen mit einer Vielzahl von Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung ablief. Obwohl das Ausmaß dieser Verstöße nach unserer Einschätzung geringer war als bei den Dumawahlen 2011, haben sie einen merklichen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt.

## **10. ANALYSE DER INFORMATIONELLEN WAHLBEOBACHTUNG DURCH DIE KORRESPONDENTEN DER ASSOZIATION GOLOS**

In der nachstehenden Tabelle sind die Angaben der informationellen Wahlbeobachtung durch die Korrespondenten der Zeitung „Grashdanskij golos“ zur Einhaltung der Wahlprozeduren aufgeführt (Stand: 9.00 Uhr Moskauer Zeit)

| <b>Bezeichnung des zu prüfenden Aspektes</b>                      | <b>Präsidentschaftswahl vom 4.03.2012</b> |                                 | <b>Dumawahl vom 4.12.11</b> |                                 |
|---|---|---------------------------------|-----------------------------|---------------------------------|
|   | <b>Anzahl der Berichte</b>                | <b>Anteil des Aspektes in %</b> | <b>Anzahl der Berichte</b>  | <b>Anteil des Aspektes in %</b> |
| Wahlurnen wurden nicht vorgezeigt                                 | 1217                                      | 6%                              | 1659                        | 5%                              |
| Keine Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis möglich              | 1162                                      | 7%                              | 1583                        | 7%                              |
| Die Stimmzettel sind nicht gegen Unterschrift ausgehändigt worden | 1108                                      | 13%                             | 1549                        | 13%                             |
| Wahlwerbungen weniger als 50 m Entfernung vom Wahllokal           | 6854                                      | 4%                              | 3779                        | 8%                              |

|   |      |     |         |        |
|---|------|-----|---------|--------|
| Plakat mit den Information über die Kandidaten fehlt  | 6872 | 3%  | 3802    | 5%     |
| Wählerverzeichnisse waren nicht gebunden  | 6805 | 6%  | 3744    | 4%     |
| Verstoß bei der Prozedur der Stimmzettelausgabe   | 6665 | 4%  | 3667    | 8%     |
| Informationen über Einwürfe zusätzlicher Stimmzettel, „Karussells“, Stimmenkauf   | 6608 | 3%  |         |        |
| Organisierter Wählertransport   | 6576 | 6%  | 3524    | 6%     |
| Gruppenweise Stimm-abgabe mit Hilfe von Wahlscheinen  | 6640 | 5%  | 3584    | 5%     |
| Druck auf Wähler bei der Stimmabgabe  | 6725 | 1%  |         |        |
| Einsatz von „Listen“ bei der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals   | 5690 | 23% | 3034    | 25%    |
| Verweigerte Einsichtnahme in das Register zur Stimmabgabe mit mobilen Wahlurnen   | 6217 | 5%  | 3779    | 7%     |
| Verweigerte Präsenz bei der Stimmabgabe mit mobiler Wahlurne  | 5970 | 8%  | 3317    | 6%     |
| Mobile Wahlurnen außerhalb des Blickfeldes der Wahlbeobachter   | 6740 | 14% | 3722    | 12%    |
| Die Ergebnis wurde nicht nach jedem Wählerjournal getrennt verkündet  | 573  | 40% | 1471    | 46%    |
| Weigerung, die Korrektheit der nach dem Wählerverzeichnis aufgelisteten Auszählung zu beglaubigen                                 | 341  | 10% | 1424    | 7%     |
| Vor der Öffnung der mobilen Wahlurnen wurde nicht die Anzahl der Anträge zur Abstimmung außerhalb des Wahllokals bekannt gegeben. | 546  | 14% | 1441    | 23%    |
| Die Prozedur zur Sortierung der Stimmzettel wurde nicht eingehalten   | 473  | 18% | 1283    | 26%    |
| Die Prozedur zur Stimmenauszählung nach sortierten Stapeln wurde nicht eingehalten  | 474  | 22% | 1279    | 25%    |
| Die Kennzeichnungen auf den Stimmzetteln konnten nicht eingesehen werden  | 473  | 18% | 1276    | 20%    |
| Die Eintragung der Angaben in das erweiterte Protokoll erfolgte nicht rechtzeitig   | 574  | 33% | Ok.1300 | 32-36% |

|   |      |     |      |     |
|---|------|-----|------|-----|
| Nichteinhaltung der Schrittfolge bei der Stimmenauszählung  | 572  | 17% | 1457 | 24% |
| Das Protokoll wurde außerhalb des Abstimmungsraumes erstellt  | 574  | 7%  |      |     |
| Es gab keine Abschlusssitzung der Wahlkommission im Wahllokal   | 561  | 30% | 1417 | 39% |
| Den Wahlbeobachtern wurde eine Unterschrift auf den Stimmzettelpacken verweigert                        | 515  | 8%  | 1335 | 6%  |
| Die Prozedur zur Unterzeichnung des Protokolls wurde nicht eingehalten                                  | 564  | 7%  | 1414 | 9%  |
| Im Protokoll war die Anzahl der Beschwerden nicht vermerkt  | 489  | 18% | 1143 | 29% |
| Die Protokollkopie wurde nicht rechtzeitig ausgehändigt   | 575  | 5%  | 1435 | 9%  |
| Die Wahlkommission erstellte kein Protokoll   | 572  | 12% | 1445 | 27% |
| Bei der Auszählung waren Vertreter der Verwaltung zugegen   | 554  | 14% | 1438 | 13% |
| Bei der Auszählung waren Vertreter der übergeordneten Wahlkommission zugegen                            | 554  | 8%  | 1430 | 9%  |
| Schwierigkeiten beim Zugang zum Wahllokal   | 7017 | 7%  | 1669 | 10% |
| Ungünstige Bedingungen für die Beobachtung im Wahllokal   | 7001 | 16% | 3791 | 16% |
| Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Wahlbeobachter  | 6972 | 7%  | 3745 | 10% |
| Gesetzeswidrige Einschränkung für Foto- und Videoaufnahmen  | 6909 | 7%  | 3652 | 9%  |
| Entfernung von Wahlbeobachtern oder Mitgliedern der Wahlkommission                                      | 6891 | 3%  | 3725 | 5%  |
| Die erweiterte Gesamttabelle war ungünstig platziert  | 30   | 7%  | 62   | 21% |
| In das Gebäude der territorialen Wahlkommission (TIK) werden nicht alle hierzu Berechtigten eingelassen | 29   | 7%  | 62   | 11% |
| Beobachter können sich nicht frei im Gebäude der TIK bewegen  | 28   | 14% | 62   | 19% |

Der Anteil der Wahllokale, in denen Vertreter der verschiedenen Kandidaten präsent waren, stellt sich wie folgt dar (ohne Berücksichtigung der Kommissionsmitglieder mit vollem Stimmrecht):

| 2012          |     |
|---------------|-----|
| Schirinowskij | 40% |
| Sjuganow      | 81% |
| Mironow       | 47% |
| Prochorow     | 54% |
| Putin         | 82% |
| Andere        | 28% |

| 2011                  |     |
|-----------------------|-----|
| Einiges<br>Russland   | 88% |
| KPRF                  | 82% |
| Gerechtes<br>Russland | 75% |
| LDPR                  | 51% |
| Rechte<br>Sache       | 14% |
| Patrioten             | 15% |
| Jabloko               | 23% |
| Andere                | 13% |

Aufgrund der Meldungen der Korrespondenten von „Grashdanskij golos“ waren am Morgen des Wahltages im Schnitt 5,2 Wahlbeobachter pro Wahllokal anwesend und am Abend 8,9 (im Vergleich zu 1,6 und 2,1 am 4. Dezember 2012)